Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Redaction eingesandte Manuscripte werden nur in Ausnahmefällen zurückgesandt.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 12,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 121. Montag den 1. Mai 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Berufsstatistik betreffend.

Als Vorbereitung für die am 5. Juni d. J. stattfindende allgemeine Berufszählung macht sich die Hinausgabe von **Grundstückslisten** nöthig. Auf diesen Listen sind alle auf dem Grundstück wohnhaften **Haushaltungsvorstände,** sämmtliche **Inhaber** von **Geschäftslocalen,** sowie alle **leerstehenden Wohnungen** und **Geschäftslocale** zu verzeichnen.

Die Listen werden durch legitimirte Boten unseres statistischen Bureaus in den nächsten Tagen an die hiesigen Grundstücksbesitzer bezw. deren Stellvertreter ausgehändigt und **acht Tage** nach der Zufertigung wieder abgeholt werden.

Wir veranlassen die hiesigen Grundstücksbesitzer, diese Listen in der vorschriftsmäßigen Weise und binnen der genannten Frist auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten. Säumige werden wir mit einer Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechender Haft bestrafen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die durch diese Grundstückslisten erfolgende Erhebung, ebenso wie die am 5. Juni erfolgende eigentliche Zählung weder Steuerzwecken, noch polizeilichen, sondern ausschließlich statistischen Zwecken dient und daß deshalb auch etwaige bei **dieser** Gelegenheit zu unserer Kenntniß gelangende unterlassene Meldungen u. s. w. **nicht** zu Strafen Veranlassung geben werden.

Für die mit der Zählung zusammenhängenden Arbeiten haben wir unserem **statistischen Bureau,** welches mit der Ausführung der Zählung beauftragt ist, Diensträume im zweiten Stock des **Stadthauses** (Obstmarkt 3) angewiesen. Im Uebrigen befindet sich das statistische Bureau nach wie vor im dritten Stock des blauen Harnisch (Brühl 51).

Leipzig, am 21. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hasse.

Bekanntmachung.

Es ist vielfach zu bemerken gewesen, daß die **Kellerlichtöffnungen** in den Trottoirs von dem darin sich ansammelnden Ueberrathe nicht gereinigt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß auf diese Lichtöffnungen, da sie auf dem Areale der **Straße** liegen, die bezüglich der Reinigung und Reinhaltung der Straßen bestehenden polizeilichen Vorschriften anzuwenden, daher diejenigen Hausbesitzer in Strafe zu nehmen sind, welche **nicht** für die Reinhaltung der Kellerlichtöffnungen an ihren Häusern Sorge tragen.

Auch würde im Wiederholungsfalle Veranlassung gegeben sein, von dem bei Gestattung solcher Lichtöffnungen vorbehaltenen Widerrufe Gebrauch zu machen.

Leipzig, den 24. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Dank.

Der am 15. Juni v. J. hier verstorbene Herr Dr. phil. **Friedrich Adolf Hutb,** Pastor emer., hat unsere Casse mit einem Legate, bestehend in

einer königlich sächsischen 3% Staatsschuldverschreibung zu 1000 Mk.

testamentarisch bedacht, welches uns heute vom Herrn Testaments-Vollstrecker eingehändigt worden ist.

Mit dem besten Danke für die von dem Verewigten unserer Casse bewiesene freundliche Gesinnung sprechen wir hiermit öffentlich unseren Dank aus.

Leipzig, am 29. April 1882.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Wittwen- und Waisen-Pensions-Casse der Polizei-Beamten.
Richter. Lehr, Rechnungsf.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 1. Mai 1882.

Daß der **Reichstag** seine erste ordentliche Sitzung mit einer **Beschlußunfähigkeitserklärung** beendigen mußte, war nur ein Zufall. Wie die vorangegangenen Präsidentenwahlen bewiesen, war das Haus vorher reichlich beschlußfähig gewesen. Immerhin aber muß der Vorfall eine ernste Mahnung an die Abgeordneten sein, regelmäßig und gewissenhaft die mit Uebernahme des Mandats verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen. In der ersten Session der neuen Legislaturperiode war der Reichstag andauernd gut besucht; beschlußunfähige Sitzungen sind, wenn wir uns recht erinnern, gar nicht vorgekommen. Das frische Interesse einer zum großen Theil aus neuen Mitgliedern bestehenden Versammlung an den parlamentarischen Verhandlungen und die für die letzteren günstige Jahreszeit brachten es zu Wege, daß die Sitzungen andauernd genügend besucht waren. Wohl aber wird man sich aus früheren Sessionen erinnern, daß der Reichstag nicht einmal, sondern Wochen hindurch in Angst schweben mußte, es werde eine Auszählung des Hauses veranstaltet und alsdann die Beschlußunfähigkeit constatirt werden, und daß thatsächlich in jeder Session eine ganze Anzahl von Sitzungen ein vorzeitiges Ende wegen Beschlußunfähigkeit fand. Bekanntlich hat man sich sogar wiederholt veranlaßt gesehen, durch Beantragung der Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer und andere Vorschläge nach Mitteln zu suchen, jenem Uebelstand entgegen zu treten. Die Thatsache, daß Abrechnungen von Sitzungen wegen Beschlußunfähigkeit im preußischen Abgeordnetenhause ein fast unerhörtes Ereigniß sind, im Reichstag gar nicht zu den Seltenheiten gehören, ist allbekannt und ohne Zweifel in erster Linie auf die Diätenfrage zurückzuführen. Doch wir wollen an dies oft verhandelte Thema heute nicht weiter rühren. Es sei nur der dringende und berechtigte Wunsch ausgesprochen, daß, wenn die Arbeiten des Reichstags einmal erst ordentlich in Fluß gekommen sein werden, die Theilnahme der Abgeordneten eine rege und ununterbrochene sein möge. Die Aussicht, in den heißen Sommermonaten an trockenen Fragen der Gesetzgebung zu arbeiten, die Ankündigung des Herrn von Bötticher, nur bei angestrengter Thätigkeit werde man die Session Ende Juni schließen können, ist gewiß nicht verlockend, und viele werden sich nicht zu überzeugen vermögen, daß diese Sommersession eine unvermeidliche Nothwendigkeit war. Indessen, sie ist nun einmal beliebt worden, und da gilt es, die übernommenen Verpflichtungen, wenn auch unter großen Opfern zu bringen.

Nachdem der **Bundesrath** in seiner Sitzung vom Sonnabend die Vorlage, betr. die **Krankenversicherung der Arbeiter,** erledigt hat, wird dieselbe schon in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen können. Auch der Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, dürfte noch vor dem 5. Mai im Bundesrathe festgestellt werden, so daß auch diese Vorlage am nächsten Freitag bei Beginn der Arbeiten des Reichstags im Druck vorhanden sein wird. Die Bundesrathsausschüsse, welche mit der Vorberathung des Gesetzentwurfs betraut sind, treten am **Montag** zusammen. In Betreff der Eingabe der kirchlichen Conferenz von Mecklenburg-Strelitz wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Beurkundung des Personenstandes, welche in der Sitzung des Bundesrathes vom Sonnabend zur Besprechung gelangte, hört man, daß sich auf keiner Seite Neigung kundgiebt, diesem Ansuchen Folge zu geben. Bei Berathung des **Tabakmonopols** im Reichstage werden Geh. Rath Beccius und Reg.-Rath Dr. Roller als Commissarien des Bundesraths fungiren, bei Berathung der Krankenversicherung wird Geh. Rath Magdeburg, bei Berathung des Consularvertrags mit Brasilien Geh. Rath Huber und bei Berathung der Verordnung, betreffend den Verkauf von Petroleum, der Director des Reichsgesundheitsamtes, Geh. Rath Dr. Struck und Geh. Rath Köhler fungiren.

Die Anwesenheit des Fürsten **Orlow** in **Berlin,** der sich von dort nach **Friedrichsruhe** zum Reichskanzler begab — bekanntlich ein Vertrauensmann sowohl des Zaren als der höchsten Berliner Kreise — hat, wie wir heute ausführlich nach der „Nat.-Z." melden, zu Erörterungen über die Lage in Rußland Anlaß gegeben, aus denen manche interessante und wohlverbürgte Einzelheit verlautet. Es ist als sicher zu betrachten, daß der **russische Kaiser** sich in höchster Entrüstung über die sein Reich compromittirenden Excesse gegen die Juden befindet — er soll die Aeußerung gethan haben, man glaube im 12. Jahrhundert zu leben — und daß er von dem Grafen Ignatieff energisch die Verhütung weiterer Ausbrüche verlangt hat. Die Stellung Ignatieff's wird wiederholt als ernstlich erschüttert bezeichnet. In Petersburg glaubt man auch in officiellen Kreisen an seinen Sturz binnen einigen Wochen, doch wird diese Ansicht nur mit Vorsicht aufzunehmen sein. Wie die Anwesenheit des **Großfürsten Wladimir,** der übrigens selbst gelegentlich bemerkt haben soll, daß er den Zaren nur selten sehe, so hat auch die des Fürsten Orlow die Ueberzeugung verstärkt, daß kein in verantwortlicher Stellung befindlicher russischer Staatsmann für die nächsten Jahre einen Krieg Rußlands gegen eine europäische Großmacht für möglich hält. Ueber die Krönung des Zaren ist bis jetzt, trotz aller von Zeit zu Zeit darüber verbreiteten Nachrichten, noch nichts bestimmt, und unter den jetzigen Verhältnissen soll kaum daran zu denken sein, daß sie stattfindet.

Der plötzliche, ganz unvermuthete Rücktritt des österreichisch-ungarischen Reichsfinanzministers von **Szlavy** hat die **Delegationsverhandlungen** höchst eigenthümlich illustrirt und seine Schatten vorausgeworfen. Zumal in **Ungarn** fühlt man das ganze Gewicht dieses Ereignisses. Man begreift dort, daß der Rücktritt Szlavy's den Sieg des Slavismus und der mit ihm verbündeten Militairpartei in der zukünftigen Verwaltung der occupirten Provinzen bedeutet. Man erkennt in Pest die wachsende Macht des Slavismus, der die liberalen Ueberlieferungen Deaks in den Hintergrund gedrängt und mit diesem ganz aufzuräumen droht. Viel zu spät hat man in Ungarn den wahren Stand der Dinge wahrgenommen, der die Macht des Herrn v. Tisza nur befestigt hat. Was Graf Kalnoky betrifft, so hat dieser jetzt völlig Muße, seine „freundlichen Beziehungen" zu Rußland weiter fortzuspinnen, ohne dabei vom Reichsfinanzminister gestört zu werden. Aber auch für **Oesterreich** ist **Szlavy's Rücktritt** von schwerwiegender **Bedeutung,** weil damit eben der Slavismus einen neuen Sieg errungen, der abermals auf das Deutschthum Oesterreichs drückt. Jedenfalls hat das Ausscheiden Szlavy's den Beweis geliefert, daß in den maßgebenden politischen Kreisen Oesterreich-Ungarns Dinge vorgehen und in Vorbereitung begriffen sind, von denen man im großen Publicum keine Ahnung hat und die bestimmt sind, die biederigen traditionellen Verhältnisse des Staates völlig zu verändern. Der Durchbruch dieser „Reformpolitik" ist gleichbedeutend mit der völligen Niederlage des Deutschthums in Oesterreich.

Pester Telegramme melden, daß man als Nachfolger **Slavy's** Herrn v. **Kallay** und noch zwei andere Candidaten bezeichnet, die sogar in gewisser Beziehung noch größere Aussicht auf den Reichsfinanzministerposten als Herr v. Kallay hätten. Es sind dies **Ludwig v. Tisza,** der Bruder des ungarischen Ministerpräsidenten und Graf Josef v. Zichy. Auch der Präsident des ungarischen Rechnungshofes, Wilhelm **Toth,** wird als Nachfolger Slavy's genannt, dürfte aber wohl seinen mächtigen Rivalen gegenüber kaum durchdringen. — Nach den Symptomen, die bereits gegenwärtig in der **ungarischen** Presse hervortreten, dürften in der Nächstzeit durch den Rücktritt Slavy's die Wogen der politischen Agitation in Ungarn sehr hoch gehen. Man weiß eben jetzt in Ungarn, was hinter den Coulissen vorgeht und wohin es Herr v. Tisza um den Preis seines Ministerportefeuilles führen will.

Wie aus **Graz** geschrieben wird, macht man in den **deutschen** Städten und Ortschaften der Untersteiermark große Zurüstungen zur Beschickung des **deutschen Parteitages,** der in **Cilli** zusammentreten wird. Alle deutschen Städte und Gemeinden des steiermärkischen Unterlandes werden zu dem Parteitage Vertreter senden. Die Forderung desselben an die Regierung wird namentlich darin gipfeln, daß die Bewohner der Steiermark wie bisher Deutsche sein und bleiben wollen. Andererseits bemerkt man, seit die Vorbereitungen für den deutschen Parteitag im Zuge, unter der slavischen Grenzbevölkerung der Untersteiermark eine auffällige Agitation und Erregung. Es fehlt auch nicht an Drohungen, „zu Tausenden" nach Cilli zu ziehen, um den deutschen Parteitag zu sprengen. Man glaubt indeß, diese und ähnliche Drohungen seien ein Manöver der slavischen Führer, welche durch jene einen Druck auf die Regierung üben und diese veranlassen wollen, im Hinblick auf bevorstehende ernste Ruhestörungen den deutschen Parteitag zu verbieten.

In **Südungarn** treibt die Agitation gegen den **deutschen Schulverein** echt magyarische Blüthen. Man schreibt nämlich aus **Werschetz:** „Zu welchen Mitteln die ungarischen Fanatiker greifen, um die hiesige deutsche Bevölkerung einzuschüchtern und die Deutschen zum Proteste gegen den Schulverein zu zwingen, beweist folgender Fall. Hier in Werschetz lebt seit Jahren ein geachteter deutscher Bürger, Namens **Bergmeier,** der ein Ladengeschäft betreibt und ein wohlhabender Mann ist. Er treibt keine Politik und so fand er auch nicht Veranlassung, sich an der jüngst hier abgehaltenen „Volksversammlung" gegen den deutschen Schulverein zu betheiligen. Er war indeß so unvorsichtig, den Leuten, die ihn zur Theilnahme aufforderten, zu antworten, er betheilige sich nicht an politischen Demonstrationen am allerwenigsten an solchen zu Gunsten des Magyarismus. — Schon am nächsten Tage erhielt Bergmeier **acht Drohbriefe!** Sieben jener Briefe stellten ihm in Aussicht, an dem „nächsten Baum" aufgehängt zu werden, nur der achte begnügte sich mit der Mittheilung, man werde ihn auf den „altungarischen Deraich" (Prügelbank) niederziehen und ihm „gehörig das Fell gerben". — Schließlich ward Bergmeier Abends in seinem Laden, als er allein war, von drei vermummten Kerlen überfallen und arg mißhandelt.

Aus **Krakau** wird gemeldet, daß seit den jüngsten Tagen die **russische** Grenze längs des Krakauer Gebietes überaus scharf bewacht war. Man hielt die Reisenden länger als gewöhnlich auf den Grenzstationen zurück und untersuchte sehr umständlich ihre Legitimationspapiere und Gepäckstücke. Wie sich nun herausstellt, galt jene Strenge mehreren Rubelscheinfälschern, die an der Grenze sich herumtrieben. Einer derselben ist bei dem Wechseln falscher Rubelnoten in **Kielce** verhaftet worden.

Der **König von Rumänien** hat, wie man aus **Bukarest** berichtet, an den Minister-Präsidenten Bratiano ein Schreiben gerichtet, worin er für die Glückwünsche dankt, die ihm und der Königin zu seinem Geburtstage und dem Jahrestage seiner Wahl zum Souverain Rumäniens (20. April) zugekommen. „Sage Allen, mein theurer Minister-Präsident," so lautet eine Stelle des Briefes, „daß, wenn sie den Jahrestag der Proclamirung des Königreiches mit Freuden begrüßt haben, sie sich selbst sowie die hundertjährigen Wünsche und nationalen Erwartungen beglückwünscht haben, welche durch die Tapferkeit und die Intelligenz des rumänischen Volkes mit Erfolg gekrönt worden sind, während sie am 8. April einen Jahrestag acclamirt haben, welcher meinem Herzen doppelt theuer geworden ist als der Tag, an welchem Rumänien mich an seine Spitze berufen hat."

Wie die deutsche „St. Petersburger Zeitung" erfährt, sind im **russischen** Kriegsministerium in diesen Tagen die Details für die im Princip beschlossene Erbauung neuer Forts bei Warschau, Kowno und Gosiorz (Gouvernement Grodno) ausgearbeitet worden. Die Gesammtkosten sind auf 60 Millionen veranschlagt; die Arbeiten sollen in 10 Jahren beendigt sein. In diesem Jahre sollen die Forts bei Warschau in Angriff genommen werden. 6 Werst von Warschau auf dem linken Ufer der Weichsel werden 7 Forts, auf eine Strecke von 27 Werst vertheilt, angelegt. Jede Befestigung erhält eine Länge von 250 Faden. Von dieser Befestigungslinie 2 Werst entfernt werden 4 Forts von derselben Größe errichtet und jenseits von Praga, 6 Werst von der Stadt entfernt, sollen 4 Forts von größeren Dimensionen aufgeführt werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sind für das laufende Jahr zunächst 10 Millionen Rubel assignirt.

Wie ein Telegramm des Londoner Correspondenten der „Vossischen Ztg." meldet, stand am Sonnabend ein siebenzehnjähriger Jüngling, Namens **Albert Young,** Telegraphist aus Doncaster, vor dem Zuchtpolizeigericht Bowstreet London unter der Anklage, das Leben der **Königin Victoria** bedroht zu haben. Young hatte ein Schreiben an den Privatsecretair der Königin, General Ponsonby, gerichtet, in welchem es hieß, der Schreiber sei katholischer Priester und viele Mitglieder seiner Gemeinde litten Hunger, weil sie von ihren Gutsherren ermittirt seien. Wenn denselben nicht sofort Mittel zur Auswanderung gewährt würden, so würden Attentate gegen das Leben der Königin, deren Söhne und Töchter sofort ins Werk gesetzt werden. Es war in dem Schreiben drohend auf die Eventualität hingewiesen, daß Prinz Leopold am seinem Hochzeitstage werde erschossen werden. Ponsonby hatte den Drohbrief dem Ministerium des Innern übergeben, welches die Verhaftung Young's verfügte. Nachdem festgestellt worden war, daß der Brief von der Handschrift des Angeklagten herrührete, ward die Verhandlung vorläufig vertagt. Ob der Drohung politische Motive unterliegen, ist noch nicht festgestellt. — Das „Wolff'sche Bureau" meldet übereinstimmend damit:

London, 29. April. In Doncaster wurde heute ein junger Mann Namens Young unter der Anschuldigung verhaftet, einen Brief an die Königin geschrieben zu haben, in welchem Drohungen gegen das Leben derselben enthalten waren. Derselbe wurde nach London gebracht und vor den Richter geführt, der das weitere Verfahren auf eine Woche vertagte. In dem Briefe war angegeben, der Angeschuldigte sei ein irischer katholischer Priester, er verlangte 2000 Lstrl., damit 50 Arbeiter seiner Gemeinde nach Amerika auswandern könnten, sonst würden sich dieselben verbinden, die Königin zu tödten. Der Angeschuldigte ist in Wirklichkeit ein Bureau-Arbeiter an der Eisenbahn bei Doncaster.

In gut informirten Kreisen der **englischen** Hauptstadt herrscht Gewißheit darüber, daß mit dem Amtsantritt **Lord Spencer's** als **Vicekönigs von Irland** eine versöhnlichere Politik in Irland zur Geltung kommen werde. Die Landliga bekundet ebenfalls Symptome ihrer Versöhnlichkeit und will, wenn Parnell und Genossen freigelassen werden, das No-rent-Manifest zurückziehen. Soeben ist der Bericht des Landcomités, welches zur Prüfung der Wirksamkeit der irischen Landacte niedergesetzt wurde, erschienen. Derselbe befürwortet einen praktischen Plan zur Erleichterung des Güterankaufs seitens der Pächter. Der Staat soll den Kaufschilling zu 3 Proc. Zinsen vorschießen. Die Rückzahlung soll durch mäßige Abschlagszahlungen binnen 66 resp. 46 Jahren erfolgen, die Kosten des Planes sollen aus dem Ueberschußfonds der entstaatlichten irischen Kirche bestritten, ein besonderes Departement zur Durchführung des Planes creirt werden. Alle Pachtrückstände vor 1875 sollen erlassen, die seitdem aufgelaufenen capitalisirt und dem Kaufschilling hinzugefügt werden. Als muthmaßlicher Nachfolger **Spencer's** im Conseilpräsidium werden **Derby** oder **Rosebery** bezeichnet. **Forster,** der Staatssecretair für Irland, soll einen höheren Posten erhalten. — **Lord Spencer** gehört dem Cabinet als „Lord-Präsident des Geheimen Rathes" an. Eine Depesche des „M. T.-B." meldete ferner als bestimmt, daß er den durch den Rücktritt **Cowpers** erledigten Posten des Vicekönigs von Irland übernommen habe, aber seinen Sitz im Cabinet beibehalten werde. Nach in **Dublin** verbreiteten Gerüchten würde seine erste Amtshandlung die Befreiung der wegen Verdachts Verhafteten sein. Das Cabinet wird demnächst eine Sitzung halten, um sich darüber schlüssig zu machen, ob Parnell und Genossen auf freien Fuß gesetzt werden sollen oder nicht.

Ueber den bereits gemeldeten Ueberfall einer **französischen wissenschaftlichen Expedition** wird der „Agence Havas" aus **Oran** gemeldet: Zwei Compagnien der Fremdenlegion begleiteten unter dem Commandanten de Castries eine telegraphische Recognoscirungs-Abtheilung mit einem Lebensmitteltransport für zwei Tage. Dieselben wurden bei Tigri von 6000 von ihren Frauen begleiteten Fußgängern und 1800 Reitern angegriffen. Die Compagnien kämpften heldenmüthig, tödteten mehrere Hundert der Angreifer und behaupteten das Kampffeld, mußten aber, da die Begleitungsmannschaften des Transports geflohen waren, letzteren verlassen. Ihr Verlust besteht in 37 Todten und 30 Verwundeten.

Preußischer Landtag.

* **Berlin,** 29. April. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1880/81; die Etatsüberschreitungen wurden genehmigt; jedoch diejenige beim Dispositionsfonds des Handelsministeriums für Diäten und Reisekosten an den Volkswirthschaftsrath erst nach längerer Debatte und nachdem ein Antrag Dirichlet, diese Genehmigung zu verweigern, gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und der liberalen Vereinigung abgelehnt worden. Die Nationalliberalen verwahrten sich bei dieser Zustimmung ausdrücklich dagegen, daß damit eine Billigung des Instituts des Volkswirthschaftsraths ausgesprochen sei. Auch wurde ein Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, baldigst ein Gesetz, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats (Etatsgesetz) vorzulegen. Der Gesetzentwurf über die Eisenbahnräthe wurde alsdann in dritter Lesung unter meist unerheblichen Abänderungen angenommen. Ein Antrag Hammacher, wonach für die Mitglieder der Bezirkseisenbahnräthe auch Stellvertreter zugelassen werden sollen, wurde angenommen. Bei dem Landeseisenbahnrath beantragte Abg. Lieber, die Betheiligung des Landtags wieder zuzulassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Im Uebrigen wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen; in der Gesammtabstimmung stimmten dagegen Fortschrittspartei, Polen und der größte Theil des Centrums. Der Erwerb der Anhalter Bahn und der Nachtragetat über die verstaatlichten Bahnen wurden ohne Debatte genehmigt. Schließlich wurde noch in die Berathung des Handelsvertragsgesetzes eingetreten und §. 1, welcher das Princip der Steuerpflichtigkeit ausspricht, angenommen. Nächste Sitzung: **Montag** (Handelsvertragsgesetz, Canalvorlage).

Die Arbeiten des Abgeordnetenhauses scheinen sich nach den neuesten Dispositionen noch länger hinausschieben zu sollen, als bisher angenommen worden. Ob die hannoversche Kreisordnung noch zur Berathung kommen soll, ist heute zwar nicht entschieden worden, doch wird man kaum mehr daran zweifeln dürfen. Ferner ist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nun auch noch die Canalvorlage gestellt worden, bezüglich deren man übereinstimmend der Ansicht gewesen, sie werde überhaupt nicht mehr zur Discussion gestellt werden. In auch das Verwendungsgesetz scheint noch zu einer, jedenfalls recht unfruchtbaren Verhandlung gebracht werden zu sollen. Wann unter diesen Umständen der Landtag wird geschlossen werden können, läßt sich noch nicht absehen.

Amtseinführung des Herrn Pastor Pank zu St. Nicolai.

* **Leipzig,** 30. April. Nachdem ein ganzes Jahr hindurch das altehrwürdige Pfarramt der hiesigen St. Nicolaigemeinde eine verwaiste Stätte gewesen, ist mit dem heutigen Tage diese Vacanz zu Ende gegangen, indem der neugewählte Pastor zu St. Nicolai, Herr Superintendent **Pank** aus Berlin, in feierlicher Weise in sein Amt eingeführt wurde. Das weite Gotteshaus vermochte die Masse der Andächtigen, welche zu dem bedeutungsvollen Acte sich eingefunden hatten, kaum zu fassen; auf dem Altarplatze waren für die Vertreter der Reichs-, Landes-, städtischen und kirchlichen Behörden, die sich, die Herren Präsident Dr. **Simson** und Oberbürgermeister Dr. **Georgi** an der Spitze, ebenfalls sehr zahlreich eingefunden hatten, reservirte Sitze aufgestellt. Von besonders ergreifender Wirkung war der Umstand, daß der hochbetagte Vater des Herrn Pastor Pank, ein noch in Amt und Würden stehender Geistlicher aus der Nähe von Cottbus, mit herbeigeeilt war, um seinem Sohne in so hochernster, feierlicher Stunde zur Seite zu stehen.

Der mit dem Einführungsactus verbundene Gottesdienst wurde mit dem Gesange des Liedes Nr. 186, Salutation, Intonation und Berufung der Epistel 2. Cor. 5, 17 bis 20 durch Herrn Archidiakonus D. **Gräfe** eingeleitet, worauf einige Verse des Liedes Nr. 269 gesungen wurden. Inzwischen hatten die Vertreter des Patronats, des Kirchenvorstandes, die Herren Geistlichen und der Herr Designat selbst vor dem Altar Aufstellung genommen und es nahm nunmehr Herr Superintendent D. **Lechler** die Einweihung in das Amt vor.

Herr Geh. Kirchenrath Lechler betonte in der Einleitung seiner Ansprache, am 1. Mai erfülle sich genau ein Jahr, daß der hochverdiente seitherige P.-tor zu St. Nicolai, Herr D. **Ahlfeld,** seine Abschiedspredigt gehalten habe und nach 30jähriger gesegneter Amtswirksamkeit in den ehrenvollen Ruhestand getreten sei. Heute werde sein Nachfolger, Herr Johannes Theodor Oscar **Pank,** öffentlich in sein Amt eingewiesen. Die Diener am Worte Gottes wechselten, sie kämen und gingen, aber Einer bleibe ewig, das sei unser allmächtiger Gott. Der hochwürdige Redner schilderte nun mit beredten Worten den hohen Beruf des Geistlichen, der nur der Botschafter an Christi Statt sei und die erhebende Aufgabe zu erfüllen habe, die Geheimnisse Gottes verwalten zu dürfen, und erbat dann den göttlichen Segen zu dem Bunde, welcher heute zwischen Pastor und Gemeinde geschlossen werde. Auf Geheiß des Herrn Superintendenten